



Streiklust in Berlin

In den letzten Wochen erlebte Berlin eine Reihe von Streiks.

In der Charité...

Letzte Woche, von Montag bis Freitag, war das Pflege- und Technikpersonal der Charité im Ausstand. **Über 2.000 Streikende** sorgten dafür, dass der Krankenhausbetrieb nur auf Sparflamme lief. Sie veranstalteten den „größten Charité-Streik in der Geschichte“ (BZ). Die Streikenden forderten vor allem eine **Lohnerhöhung von 300 Euro**, um ähnlich hohe Löhne wie in anderen Bundesländern zu bekommen.

...und in der Schule.

Vor einem Monat traten Berliner LehrerInnen in einen Warnstreik, um eine **Entlastung von älteren LehrerInnen** zu fordern. Sie wollen weniger Unterrichtsstunden für LehrerInnen ab 55. Sowa ist in anderen Bundesländern üblich. Um 12 Uhr wurden an der Friedrichstraße 3.000 Demonstrierende erwartet. **Doch doppelt so viele nahmen Teil.** Und das, obwohl der Bildungssenator Zöllner (SPD) den Streik für „rechtswidrig“ erklärte und Streikende sogar mit Entlassung drohte!

Gründe gibt's genug

Für beide Streiks gibt es mehr als genug Gründe. Die vergangenen „Reformen“ im Gesundheits- und Bildungswesen belasten vor allem die Beschäftigten. Betroffen sind aber auch deren PatientInnen und SchülerInnen. **Das Wohl dieser Beschäftigten ist daher im Interesse der ganzen Bevölkerung.**

Deswegen können wir bei beiden

Streiks auch breite gesellschaftliche Solidarität erkennen. Es heißt, alle sollten den „Gürtel jetzt enger schnallen“. Doch die Sparpolitik des Staates findet kaum Zustimmung bei den BerlinerInnen.



Doch der Charité-Streik richtete sich nicht nur gegen schlechte Löhne: die ArbeiterInnen forderten Tarifverträge für alle Krankenhausbeschäftigten und mehr Personal.

Seit fünf Jahren arbeiten tausende Beschäftigte bei einem Tochterunternehmen, wo **Löhne von 5,50 Euro die Stunde** gezahlt werden.

Auch der LehrerInnenstreik ging nicht nur um die Altersteilzeit. Berliner LehrerInnen müssen **immer mehr Arbeit in immer kürzerer Zeit** bewältigen.

Die Chance vergeben?

Beide Streiks werfen die Frage auf, wie die Forderungen durchgesetzt werden sollen.

Die Gewerkschaft der LehrerInnen hat keine weiteren Aktionen geplant: Nur im September soll es kurz vor den Abgeordnetenhauswahlen noch einen Warnstreik geben. Doch schon im April hatte keine der Parteien die Forde-

rungen unterstützt.

Warum also überhaupt auf die Parteien setzen und nicht auf **die Kraft der streikenden LehrerInnen und SchülerInnen?**

Auch an der Charité hat die Gewerkschaft ver.di den Streik wieder ausgesetzt – obwohl sich im Laufe der fünf Tage immer mehr ArbeiterInnen dem Streik anschlossen. Dabei tut ver.di so, als müsste man nur gegen die Charité-Geschäftsführung kämpfen. Jedoch ist deren Vorgehen politisch so gewollt. Der Senat hat mit seinem Sparprogramm das Management quasi direkt angewiesen, die Arbeitsbedingungen zu verschlechtern.

Die Gewerkschaftsführungen scheinen Streiks abzulehnen – ganz im Gegensatz zu den Beschäftigten selber. Das liegt daran, dass die **BürokratInnen**, die die Gewerkschaften führen, eher auf ihre **eigenen Privilegien und Beziehungen** zu den Senatsparteien achten.

Selbstständig kämpfen!

Die Streiks zeigten, wie viele über ihre Arbeitsbedingungen wütend sind – und das nicht nur in den Krankenhäusern und den Schulen!

Die Forderungen nach besseren Arbeitsbedingungen und mehr Geld sind berechtigt. **Die ArbeiterInnen sind an der Krise nicht schuld. Also sollten sie auch nicht dafür zahlen!**

Wir können unsere Forderungen nur durchsetzen, wenn wir **gemeinsam streiken**. Wir müssen alle Streiks unterstützen. Dazu ist es notwendig, dass Beschäftigte sich organisieren und ihre Arbeitskämpfe eigenständig führen. So eine Basisbewegung brauchen wir in jedem Betrieb!

Internationale Solidarität

2004 gab es die EU Osterweiterung. Bei dieser traten 10 Länder des ehemaligen Ostblocks der EU bei. Für 8 von diesen galt das jedoch nur zum Teil. An Grenzen, wo Waren frei gehandelt wurden, mussten sich osteuropäische Beschäftigte **bürokratischen Hindernissen stellen**. Zumindest in Deutschland und Österreich.

Am 1. Mai wurde diese Regelung aufgehoben. Die anfänglichen Ängste der Gewerkschaftsführungen vor „Überschwemmungen“ des Arbeitsmarktes sind inzwischen verklungen. Die Bundesagentur für Arbeit erwartet jährlich gerade einmal 140.000 Zuwandernde aus den 8 Ländern. Das wären **weniger als bisher**.

Die Löhne insgesamt würden zwar wenig sinken, aber die Spannbreite würde sich erheblich vergrößern, denn niedrigen Löhnen sind nun die Türen geöffnet. Dies könnte verhindert werden: Ein **Mindestlohn** wäre die Lösung.

Was die ArbeiterInnen jedoch interessiert, scheint den Gewerkschaftsführungen nicht wichtig genug. Der längst vereinbarte Mindestlohn für Leiharbeit sollte zum 1. Mai in Kraft treten. **Dazu kam es nicht**. Die Gewerkschafts-BürokratInnen halten jedoch weiterhin die Füße still!

Das tatsächliche Übel der jetzt vollendeten Osterweiterung, sind gesetzliche **Freibriefe für KapitalistInnen**. So werden osteuropäische Firmen ihre ArbeiterInnen jetzt auch in Deutschland zu unwürdigen Löhnen schuften lassen. Deutsche Konzerne gründen wiederum Schein-Unternehmen in Ost-Europa. So können sie Menschen hier zu dortigen Lohnverhältnissen arbeiten lassen.

Gerade jetzt zeigt sich, dass die **Interessen der Beschäftigten nicht national beschränkt** sind. Wir müssen verhindern, dass Menschen hier wie überall für einen Hungerlohn arbeiten müssen, aktiv auf sie zugehen und sie über ihre Rechte informieren und mit ihnen **gemeinsam kämpfen**.

DGB gegen Streikrecht

ArbeiterInnen sind in Gewerkschaften organisiert. Diese kämpfen für die Rechte der Lohnabhängigen. KapitalistInnen gründen Vereine, wie die Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA). Solche kämpfen gegen die Rechte der ArbeiterInnen. Eigentlich ganz einfach.

Die Chefetage des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB) sieht das jedoch anders. Deren **BürokratInnen paktieren mit dem BDA!**

Gemeinsam wollen sie Minderheitsgewerkschaften das Streikrecht nehmen. So zum Beispiel der LokführerInnen-Gewerkschaft GDL.

Das geht **gegen die Interessen der ArbeiterInnen**. Immer mehr ArbeiterInnen verlassen die großen Gewerkschaften. Sie wollen ihre Kämpfe selbst bestimmen. Die Gewerkschafts-BürokratInnen verurteilen das als Schwächung der Arbeitskämpfe. Doch die BürokratInnen sind selbst das größte Übel für unsere Kämpfe. Sie handeln **kriecherische „Friedenspflichten“** aus. Bei Niedriglöhnen und Entlassungen verpulvern sie unsere Energie durch feige „Warnstreiks“ von gefühlten 10 Minuten. Bei solchen Aktionen erkämpfen wir nichts. Nur die **dicken Löhne der Gewerkschafts-BürokratInnen!**

Da ist es kein Wunder, dass die KollegInnen nach mehr Selbstbestimmung streben. Vielleicht ist es an der Zeit, dass wir **unsere Kämpfe selbst organisieren...**

„UNSER WERKBLATT“ wird von RIO herausgegeben.

Wir sind eine Gruppe, die seit den letzten Bildungsprotesten zu den Beschäftigten und Studierenden der Universitäten geht. Wir haben den Warnstreik der Studentenwerksbeschäftigten sowie den Streik der Reinigungskräfte aktiv unterstützt. Jetzt möchten wir dabei helfen, dass Beschäftigte an der Universität sich

RIO Revolutionäre
Internationalistische
Organisation

☒ BERLINER WAHLEN

Im September wird in Berlin gewählt. Fünf große Parteien (SPD, Linkspartei, Grüne, CDU und FDP) wollen Deine Stimme haben. In jeder Ausgabe des Werkblatts werden wir uns mit einer dieser Parteien auseinandersetzen.

„Die Roten“ (SPD)

Die SPD ist seit Jahrzehnten eine Regierungspartei in Berlin, und **seit 10 Jahren** stellt sie den Bürgermeister Klaus Wowereit. Vor 134 Jahren als revolutionäre Partei der ArbeiterInnen gegründet wurde, gibt sie sich immer noch beschäftigtenfreundlich.

Doch die letzten 10 Jahre SPD-Regierung in Berlin waren nicht besonders „freundlich“ für Lohnabhängige: Sie haben die Löhne im öffentlichen Dienst massiv gesenkt; sie haben die **Mieten in die Höhe getrieben**; und vieles mehr...

Der Rassist Thilo Sarrazin sagt, MigrantInnen seien minderwertig. Doch er kann Mitglied der SPD bleiben. Aber Leute, die gegen **HartzIV** protestierten (das die SPD durchsetzte), werden aus dieser „sozialen“ Partei ausgeschlossen. Eine Politik im Interesse der ArbeiterInnen würde anders aussehen!

für bessere Arbeitsbedingungen einsetzen können. Dafür verbreiten wir mit diesem Flugblatt Infos aus dem Betrieb sowie von anderen Arbeits- und Bildungsprotesten. Willst Du das unterstützen? Hast Du ein Problem im Betrieb, das Dich schon lange genervt hat? Wende Dich an uns: Entweder eine/n der FlugblattverteilerInnen, per Email oder Telefon. Wir sammeln diese Infos natürlich auch anonym.

Kontakt:
info@revolution.de.com